

Dezember Brief
1604000
190430
631875
763880
1106750
182455
18446000
4210600
228570
736835
549370
59.18
122315
229.56
1903250
30050.30

er Me Eörungen
nd Sonntag 11
a der Hauptfläche

ch.
reitschaften nennt
ungen entgegen.
ungen Wücherm...

nk. Wie in dem
te Heimatbelage
rucht und in ge
den als Jah
en Nummer für
elt gegeben, nun
Aukerdem könnte
benken — und
ng nach so groß
20 Abbildungen.

ige.
ie Schmerz
eeren Abend
rer Krank
rau, un
Schwester

ercht

ren durch

nto:
Merkt
Kindern.
1923.
achmittag
aus aus.

ing.
rglicher Liebe
nd der langen
iden unferes
Schwieg
d Schwagers

er
reiden Worte
ielen Klang
g des Wieder
den ehen
Schnelber, für
hier und aus
Wege unfern

stiebenen.
1148

Geschied an jedem Werk
tag. Bestellungen nehmen
sämtliche Postämter und
Postboten entgegen.

Bezugspreis
vom 6. bis 12. Dez.
50 Goldpfennige,
einmal Leberlohn,
Gm. Nr. 10 Goldpfen.
Grundpreis f. Anzeigen:
Die einseitige Zeile auf
genösslicher Seite oder
beiden Raum 12 Gold
pfennige, Restraum 25
Goldpfennige, Sonntag
anz. 10 Goldpfennige. Bei
gerichtl. Beilegung und
Konkurrenz ist der Rabatt
hinfallig.

Der Besselschaffer

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Nagold

Nagolder Tagblatt

Freitag, 8. Dez.

Bestellungs- und
Abrechnungsbüro
im Oberamtsbezirk
Nagold, Nagold
1148

Telegraphische Adressen:
Besselschaffer Nagold,
Stuttgart 5115.

Nr. 288

Samstag den 8. Dezember 1923

97. Jahrgang

Tagespiegel

Nus Paris wird gemeldet, die deutsche Reichsregierung habe die Absicht, die Einwilligung der Entschädigungskommission zur Hungerentlastung in Amerika nachzusuchen, als ausschließliches Aufgebot.

Dr. Ing. Sorge, Mitglied des Direktoriums der Firma Krupp, hat den Vorsitz der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände auf 1. Januar niedergelegt. Dr. Sorge ist zugleich Vorsitzender des Reichsverbandes der deutschen Industrie.

In Mexiko haben sich die Staaten St. Louis, Potosi, Chihuahua, Michoacan und Tampico gegen die Bundesregierung des Präsidenten Obregon erhoben. Die Bundesbeamten wurden verjagt. — Der Dollar scheint in Mexiko wieder stark anzugehen.

Politische Wochenchau

Wir haben einen Kaiser. Nach vielen Schwierigkeiten und Rückschlägen aller Art ist es dem Führer der Zentrumspartei, Senatspräsident Dr. Marx, am 30. November doch gelungen, ein Kabinett zusammenzustellen. Noch bevor die neue Reichsregierung sich am 4. Dezember dem Reichstag vorstellte, war es deutlich, daß sie eine Fortsetzung der Regierung Stresemanns sei. Es sind größtenteils dieselben Männer, die auch dem vorigen Kabinett angehört haben; sie gehören sämtlich den sogenannten Mittelparteien an, d. h. den Parteien, die im Reichstag ihre Sitze zwischen den Deutschnationalen auf der einen und den Sozialdemokraten auf der anderen Seite haben. Nur der Name ist gewechselt. Der führende im Kabinett wird, darüber ist wohl alles klar, auch weiterhin der jetzige Außenminister Dr. Stresemann sein. Der Reichstanzler Dr. Marx ist nicht gerade, wie man zu sagen pflegt, als ein Mann von großem Format anzupreisen, und ein Staatsmann im eigentlichen Sinne des Worts ist er nach seinen eigenen Worten nicht. Aber dieselben Fähigkeiten, die ihn an die Spitze seiner Fraktion brachten, werden ihm auch an der Spitze der Reichsregierung zustatten kommen. Das genügt, gewinnende Wesen des neuen Reichstanzlers, sein Selbstvertrauen und Vermögen, ausgleichend zu wirken, wird sich auch beim Zusammenhalten der neuen Regierung zu bewähren haben.

Die Lage des neuen Kabinetts ist bis auf die kleinsten Einzelheiten dieselbe wie die Stresemanns, und es sind auch dieselben Schwierigkeiten, die es erwarten, und dieselben Folgerungen, die die neue Regierung aus der parlamentarischen Lage zu ziehen hat. In seiner Rede vor dem Reichstag forderte der Kaiser namens des Kabinetts ein Ermächtigungsgesetz. Die wirtschaftliche Kraft Deutschlands, führte er aus, ist am Ende angelangt. Unersehliche Zeit ist vergeht worden. Es muß der Regierung in ausreichendem Maße die Möglichkeit gegeben werden, mit der durch die Zwangslage bedingten Schnelligkeit die ihr erforderlichen Maßnahmen, namentlich an Steuern, zu treffen. Es muß jetzt begriffen werden, daß in der Ordnung der Finanzen für uns die Frau über Sein oder Nichtsein liegt.

Das neue Reichskabinett ist zu einem Zeitpunkt ins Leben getreten, da die deutsche Volkswirtschaft den Übergang zur Festwährung durchmacht, und die Anpassung an die wertbeständige Inflation und Zahlungsweise in kurzer Frist ist kaum weniger schwer, als das Einleben in den Geldwertverfall gewesen ist. Die durch Auftrags- und Kapitalmangel erzeugene Arbeitsruhe auf weiten Gebieten unserer Volkswirtschaft kündigt von der schweren Krankheit des deutschen Wirtschaftskörpers. Daraus ergibt sich die Art der Behandlung, wie sie dem Vorn der Reichsregierung jetzt vorzuziehen scheint: weniger Wirtschaftspolizei, mehr Wirtschaftspflege! Der Zierzerzeugung, die man seither oft sinnlos anstrebt hat, müssen die nötigen Lebensbedingungen geschaffen werden, eine daß man deshalb der festen Hand der Staatsgewalt gegen Auswüchse und Mißbräuche zu entzauen brauche.

Unter den Verordnungen, die das Reichskabinett auf Grund des Ermächtigungsgesetzes hinausgeben will, steht die Durchführung der Währungsreform, die Wertbeständigkeit in erster Reihe. Je härter das wertbeständige Geld in die Adern des Wirtschaftskörpers eindringt, um so deutlicher erscheint die Gefährdungsentwicklung. Freilich, um frei noch reden zu dürfen: „Wertbeständig werden ist nicht schwer, wertbeständig bleiben dagegen sehr.“ Sehr rasch, gleichsam über Nacht, hat sich der Preis abba eingestellt, nachdem einmal die Rentenmark in den breiteren Verkehr gelangt war, einige Wink des Herrn Reichsernährungsministers mit dem bekannten Saumpfad haben kräftig nachgeschoben. Die Reichsbank konnte an den Auslandsbörsen mit etlichen Millionen Rentenmark eine immense Papiermark aufkaufen — die Papiermark steht ja im Ausland beträchtlich tiefer im Wert als im Reich selbst, und das kam diesem Geschäft sehr zu staten —, und da die Reichsfinanzverwaltung keine neuen Banknoten mehr aufnehmen darf, so waren alle Bedingungen für eine Höherbewertung a

der Papiermark gegeben. Diese trat denn auch in beträchtlichen Maße ein. Aber mit den Spekulantennächten ist kein ewiger Bund zu schließen, und Schinus muß nun einmal sein. Man stürzte sich auf die verdrängte Papiermark, wie man sich vorher vor ihr gescheit hatte: das wertbeständige Geld ließ man liegen und während dessen noch bei wertbeständiger Zahlung „10 Prozent Rabatt“, das sogenannte Papiermarkdiskont, das auf die Preise zugeschlagen war, zurückvergütet wurden, verkaufte man heute lieber noch Papiermark. In Berlin gingen die Schleier so weit, daß bei Papiermarkzahlung 20 und 25 Prozent „Rabatt“ geben in der Hoffnung, daß sie bei weiterhin steigender Mark ein schönes Geschäft machen können. Mancher dieser Schläuberger dürfte sich die Finger verbrannt haben, denn an den Auslandsbörsen ist die Papiermark bereits wieder stark gefallen. Beunruhigt hat man an maßgebender Stelle die Papiermarkaufkäufe, sofort eingestellt oder doch stark vermindert. Das Spekulantentreiben hat nämlich bewirkt, daß die Rentenmark und die Reichsgoldanleihe im Inland im Kurs sanken, während sie im Ausland zu höheren Kursen begehrt sind, und so wäre die Währungsreform zu einem guten Teil sofort in Frage gestellt worden, kaum daß sie recht ins Leben getreten war. Die Regierung wird es hoffentlich an strengsten Verordnungen auf Grund des Ermächtigungsgesetzes nicht fehlen lassen, um dem Anflug der Spekulation zu steuern. Die Herren Spekulanten kennen ja nachgerade keine Grenzen mehr, hat doch der Berliner Börsenrat am 24. Dezember, am Tag des heiligen Abends, eine Vollversammlung abhalten wollen; er mußten diesen Versuch zurückziehen, denn der Tabak war selbst den Berlinern zu hart. Daß die Währungsreform „wertbeständig bleibe“, das muß also eine Hauptfürsorge der neuen Regierung sein. Gegen Schleier und Spekulanten gibt es kein besseres Mittel als die Wertbeständigkeit. Wäre sie schon einige Monate früher Tatsache geworden, so wären der deutschen Volkswirtschaft ungeheure Verluste erspart geblieben, aber der Parteihader hat es anders gewollt.

Eine andere Aufgabe ist die Ordnung der Reichsfinanzen durch eine größtmögliche Sparankel. Man nennt dies wohl auch den Beamtenabbau. Streng genommen ist es aber nicht richtig und könnte dazu führen, das Pferd beim Schwanz aufzunehmen. Man müßte vielmehr von Behördenabbau und Verwaltungsreform sprechen. Die unzähligen „Behörden“, die in den letzten Jahren neu geschaffen wurden aus keinem andern Zweck, als um Parteischüßlingen bequeme Prämien zu schaffen, müssen verschwinden, samt und sonders. Sie haben den geordneten Gang der Verwaltung nur gestört, zu Reibungen aller Art Anlaß gegeben und ein Heldengeld gefordert, zu schweigen davon, daß in manchen Fällen auch der Beamtenstand als solcher und das Ansehen der Staatsregierung nicht gerade eine Förderung dadurch erfahren hat. Beispiele anzuführen, erübrigt sich wohl.

Eine andere Schlussfolgerung aus der Währungsreform ist die Umbildung des Steuerwesens. Wir brauchen statt der Anzahl von Steuern, deren Verwaltung mehr kostet, als sie überhaupt einbringen, wenige große Steuern, die überflüssig und mit einem Mindestmaß von Zeit und Kosten einzuziehen sind; Steuern, die sich auf leicht erkennbare Steuergegenstände beziehen und daher gerichtet an die Leistungsfähigkeit angepaßt, zu veranlagen sind; Steuern, die bei gesteigerter Gütererzeugung weniger empfindlich wirken und daher einen Anreiz zur Gütererzeugung ergeben, anstatt sie einzufrieren, was leider die Hauptaufgabe mancher jetzt bestehenden Steuern zu sein scheint. Wider Parteihof hat einst Bismarck das Tabakmonopol verjagt; um wie viel wären wir heute besser daran, wenn wir die letzten Jahrzehnte hindurch das Tabakmonopol gehabt hätten!

Zu diesen Reformen braucht also die neue Regierung das Ermächtigungsgesetz außerordentliche Vollmachten unter Ausschaltung des Parlaments. Das liegt nun eben in der heutigen Luft; auch die bayerische und die württembergische Regierung und danach vielleicht noch andere wollen für Ermächtigungsgesetz haben. Da ist aber im Reichstag die Streiffrage entstanden, ob das Gesetz die Zustimmung von zwei Dritteln des Parlaments brauche, da die Ausschaltung des Parlaments eine Verfassungsänderung sei, oder ob die Annahme mit einfacher Mehrheit genüge. Die Regierungsparteien würden sich wohl mit einfacher Mehrheit begnügen, der Reichsrat hingegen stellt die Verfassungsänderung für gegeben, aber er genehmigte mit 45 gegen 9 Stimmen das Gesetz. Die sozialdemokratische Fraktion beschloß erst, gegen die Vorlage zu stimmen, da die Regierung den misdeutlichen Ausnahmezustand nicht aufheben wolle, von dem Reichstanzler Marx sagte, daß ihm die Aufrechterhaltung der Ordnung zu danken sei. Die Fraktion besann sich aber eines andern und schlug einen Vergleich vor, nach dem jede von der Regierung auf Grund des Ermächtigungsgesetzes erlassene Verordnung einem Fünfzehnerausschuß des Reichstags vorzulegen sei. So hätten die Ausschaltung des Parlaments umgangen zu sein. Klein da der Ausschuss nur mitzubedenken hat, die Verordnung dagegen nicht aufheben kann, so ist der Ausschuss ohne laßliche Bedeutung. Der sozialdemokratische Vorschlag wurde indessen von der Regierung angenommen und in der entsprechenden abgeändert

Form wurde die Vorlage dem Reichstag zur Beschlussfassung vorgelegt und von diesem in erster und zweiter Lesung am 6. Dezember gegen die Stimmen der Deutschnationalen Volkspartei angenommen. Bei der dritten Lesung am folgenden Tag geschah etwas, was wohl noch nie im Reichstag vorgekommen ist. Die Abstimmung war schon im Gange. Da wurde von den drei Regierungsparteien der Antrag gestellt, die Schlussabstimmung bis Samstag zu vertagen. Der Antrag wurde gegen die Stimmen der Deutschnationalen und der Kommunisten angenommen. Die Erregung im Haus war wieder einmal auf dem Siedepunkt angelangt. Wenn nämlich die Vorlage durch Abstimmung oder dadurch zu Fall kam, daß nicht die erforderliche Anzahl der Abgeordneten, nämlich zwei Drittel der Gesamtzahl, anwesend war, so bedeutete das zugleich, daß das Kabinett das Vertrauen des Reichstags nicht besitzt und es mußte zurücktreten oder den Reichstag auflösen. Um diese letztere Lösung herbeizuführen, waren die Deutschnationalen entschlossen, vor der Schlussabstimmung den Saal zu verlassen. Nach der tatsächlichen Besetzung des Hauses wäre ohne die Deutschnationalen die Zweidrittelzahl nicht voll gewesen; der Reichstanzler hätte aber von der Ermächtigung zur Reichstagsauflösung, die er schon in der Tasche trug, nur mit Widerstreben Gebrauch gemacht. So wird denn die Entscheidung erst am Samstag nachmittag fallen.

Unterdessen haben sich die Verhältnisse in den besetzten Gebieten weiter verschlechtert. Die Herren der Sonderbündler treiben ihr Unwesen so frech wie je. Der Herr „Regierungspräsident“ Rathes ist zwar auf und davon gegangen, an seiner Stelle ist aber Herr Dorken in den Kaiserpalast in Koblenz eingezogen. Und er erweist sich als Volkstrotzer der „Selbstbestimmung“ des Rheinlands der wüsten Unterstützung der Franzosen. Diese tun zur „Wiederaufnahme“ der Arbeit so gut wie nichts, im Gegenteil, das französische Regiment wird nach dem Abkommen über die Industrielleistungen immer sichtbar, weil die verlangten Leistungen von den Gruben nicht erfüllt werden können. Die unter französischer Verwaltung heruntergewirtschafteten Eisenbahnen können dem Verkehrsbedarf auch bei weitem nicht mehr genügen. Die Zahl der Erwerbslosen geht in die Millionen; viele, die durch das Unterhaltungs-gesetz vermindert sind, wollen allerdings gar nicht mehr arbeiten, sondern gehen es vor, vom Reich die Erwerbslosenunterstützung und von anderer Seite gleichzeitig die Währung als Soldaten der Sonderbündler zu beziehen — und daneben zu rauben und zu fressen, wo sich Gelegenheit bietet. Die 100 Millionen Rentenmark, die die Reichsregierung für die Erwerbslosenunterstützung im besetzten Gebiet von der Rentenbank erhielt, sind in 15 Tagen verpulvert und was nun? Die Franzosen verlangen, daß das Reich die Unterstüßung weiterbezahle, sie selbst regen aber keinen Finger, der Rot zu sparen. Das Reich würde sich in kurzen ganz zugrunde richten, wenn es fortfahren würde, das Fuß ohne Boden zu fassen. Dazu rücken die Franzosen langsam, aber planmäßig immer weiter vor. Die Besetzung wird beinahe den Gipfel erreicht. Der frühere italienische Vizepräsident Ritti hatte ganz recht, als er dieser Lage in einem englischen Blatt die Verbündeten aufrief, dem Treiben Poincarés ein Ende zu machen; nicht auf seine angeblichen Entschuldigungen komme es Poincaré an, sondern auf die Vernichtung und Zerstückelung Deutschlands, und das dürfen die ehemaligen Kriegsgenossen nicht dulden um ihrer eigenen Sicherheit und ihrer Ehre willen. Der gute Ritti! Einem Don Quixote vergleichbar, kämpft er in seinem rührenden Mäusen an Gerechtigkeit und Treue gegen die Windmühlenspiegel aller menschlicher Selbstsucht und Profitgier. In England ist man viel zu sehr mit den Schugzoll-Wahlen beschäftigt gewesen, als daß man den Jörnestruf des italienischen „Schwärmers“ beachten könnte, wenn man es überhaupt wollte. Denn wenn auch in der neugegründeten Freundschaft schon wieder einige Risse entstanden sind, so will die herrschende Richtung in London es eben doch mit Poincaré nicht verderben. Ebenso ungehört wird der besondere Anruf Rittis nach Washington dort verhallen. Präsident Cooldige bedankt sich zwar für die ihm von Poincaré angebotene Ehre, in den belücht Sachverständigenausschüssen, die Poincaré durch die Entschädigungskommission einsehen lassen will, die Rolle eines Handlungers für französische Zwecke spielen zu lassen. Es scheint den Amerikanern namentlich nicht zu gefallen, daß die noch Poincarés Behauptung in amerikanischen Banden verwahrten deutschen Privatkapitalien aufgeböhrt und für Frankreich „erlöst“ werden sollen; denn wenn solche in Amerika vorhanden sind, so sind sie für alle Fälle für Amerika ebenso nützlich wie für Frankreich. Nichtsdestoweniger will die Regierung der Vereinigten Staaten die „alte Freundschaft“ zu Frankreich nicht gestört wissen, im nächsten Jahr kommen ja auch in Amerika die Wahlen. — Und wenn Poincaré das 70 Millionen-Dollar-Darlehen zur Protbeschaffung für Deutschland vielleicht hinterziehen wird, indem er die Bevorzugung der Sicherheit durch die Entschädigungskommission ablehnen läßt, und wenn dadurch den Amerikanern ein gutes Geschäft entgehen sollte, so wird man dies drüber wohl immer noch leichter nehmen, als die „alte Freundschaft“ zweifellos aufs Spiel zu legen.



Deutscher Reichstag

Die Schlussabstimmung verschoben

Berlin, 6. Dez. Präsident Ebert eröffnet die Sitzung um 2.15 Uhr. Die Eröffnung war um 1 1/2 Stunden verschoben worden, da um 1 Uhr noch viele Abgeordnete fehlten. Es wird mitgeteilt, dass von der Staatsanwaltschaft Anträge auf Strafverfolgung wegen Hochverrats gegen den Abg. v. Gräfe (Deutschösterreich) und einige kommunistische Abgeordnete eingegangen sind.

Bei der dritten Beratung des Ermächtigungsgesetzes führt Abg. Wulle (Deutschösterreich) aus: Das erste Ermächtigungsgesetz für Stresemann sei ein Schutzgesetz für den jüdischen Bankkapitalismus gewesen. Mit dem jetzt vorgeschlagenen sei dieselbe Absicht verbunden. Redner wendet sich dann gegen die Art des technischen Ausschusses. Abgeordnet werden könne bei den sozialistischen Oberpräsidenten, Regierungspräsidenten und in den Ministerien. Im preussischen Justizministerium sei z. B. der jüdische Referent Dr. Rosenfeld mit seinen vielen jüdischen Assessoren zu erwähnen. Auch in den Finanzämtern könnte erheblich abgebaut werden. Die aus dem Ruhrgebiet vertriebenen Beamten sollten dagegen nicht wieder eingestellt werden. Abg. Fehr (Bayer. Bauernbund): Der Bayerische Bauernbund muß dem Ermächtigungsgesetz seine Zustimmung versagen, weil er befürchtet, daß die unter diesem Gesetz ergehenden steuerlichen Maßnahmen die Interessen des bäuerlichen Mittelstandes nicht genügend berücksichtigen.

Reichsfinanzminister Dr. Luther nimmt Stellung zu einem von den Deutschnationalen eingebrachten Antrag, wonach die Ermächtigung sich nicht auf die Änderung der währungsrechtlichen Bestimmungen über die Rentenmark beziehen soll. Die Regierung stimmt mit der Absicht der Antragsteller vollkommen überein. Der Weg zur Inflation sei durch die Rentenmark verstopft. Der jetzige Preisabbau sei durch die Rentenmark verursacht. Die Reichsregierung werde das Ermächtigungsgesetz nicht dazu benutzen, um die prozentuale Bekämpfung des Grundbesitzes irgendwie zu erhöhen. Die Regierung bittet dennoch um Ablehnung des Antrags, weil die von der Regierung beabsichtigte, allmähliche Aufhebung der Zwangswirtschaft bei den Mieten gewisse förmliche Änderungen notwendig machen könnte.

Abg. Dr. Reichert (Deutschnational) ist durch diese Erklärung des Reichsfinanzministeriums befriedigt und verzichtet auf eine Abstimmung über den Antrag seiner Freunde.

Abg. Fehlich (Komm.) erhebt Einspruch dagegen, daß die Kommunisten aus dem parlamentarischen Ueberwachungsausschuß ferngehalten werden sollen.

Angenommen wird ein Antrag der Mittelparteien, wonach der Reichsausschuß auch über Anträge zu Verhandlungen auf Grund des alten Ermächtigungsgesetzes zu hören ist.

§ 1 des Ermächtigungsgesetzes wird mit 282 gegen 89 Stimmen bei einer Enthaltung angenommen. Dagegen stimmen die Deutschnationalen, die Deutschösterreichischen, der Bayerische Bauernbund, die Unabhängigen und die Kommunisten. § 2 wird gleichfalls in nomenklatischer Abstimmung mit 278 gegen 81 Stimmen angenommen.

Präsident Ebert erteilt hierauf einen Auftrag des Kanzlers, die entscheidende Schlussabstimmung auf Samstag zu verlegen. (Abaruf und Geschick, in das viele Tribünenbesucher einfließen.)

Abg. Schulz-Bromberg (Deutschnational): Dieser Antrag ist das Unglaublickste, was je vorgekommen ist. Mitten in der Schlacht lassen Sie „Das Ganze halt“. Das ist die Angst vor den Neuwahlen!

Abg. Koch-Weser (Demokrat): Wenn jetzt die Abstimmung aufgehoben werden muß, so sind die Deutschnationalen daran schuld, weil sie auf die Frage der Parteien und des Reichskanzlers, ob sie bei der Schlussabstimmung im Saal bleiben wollen, die jetzt die Antwort verweigert haben.

Die Beratung der Schlussabstimmung auf Samstag wird hierauf gegen die Deutschnationalen, Deutschösterreichischen und Kommunisten beschlossen.

Ein Antrag Eberts (Soz.), wonach der parlamentarische Ueberwachungsausschuß auch bei Reichsausschüssen weiterarbeiten soll, wird mit der für Verfassungsänderungen erforderlichen Zweidrittelmehrheit angenommen.

Gegen 6 Uhr verlegt sich der Reichstag auf Samstag 2 Uhr.

Neue Nachrichten

Neuregelung der Beamtengehälter

Berlin, 7. Dez. Im Reichsfinanzministerium ist mit den Vertretern der Beamten eine Vereinbarung getroffen worden, daß die Gehälter künftig in Goldmark berechnet werden und zwar sollen sie etwa die Hälfte der zahlenmäßigen Höhe des Vorjahresinkommens betragen. Am 10. Dez. erhalten die Beamten zum letztenmal eine Auszahlung auf Grund des bisherigen Rechnerverfahrens, und zwar als Restzahlung für die erste Hälfte des Abrechnungsjahres ihrer bisherigen Grundgehälter, Ortszuschläge und Sonderzuschläge. Am 17. Dezember wird unter Anrechnung der am 30. November und am 10. Dezember erfolgten Zahlungen der Rest des neuen Goldmonatsgehälts für Dezember ausgezahlt.

Mißbräuchliche Verwendung von Staatsgeldern

Berlin, 7. Dez. Die Deutsche Volkspartei und die Demokraten haben im Reichstag eine Große Anfrage eingebracht wegen mißbräuchlicher Verwendung von Staats- und Reichsgeldern durch die sächsische Regierung bzw. den sächsischen Innenminister Viehmann (Soz.), der nach Dokumenten, die in Zeitungen veröffentlicht wurden, der kommunistischen Partei die schriftliche Zusicherung gegeben hat, daß die im sächsischen Staatshaushalten ausgeworfenen Summen nur zur Bekämpfung von Angriffen von rechts her verwendet werden sollen; ferner ist ein erheblicher Teil der sächsischen Landespolizei, insbesondere die Regierungskommissare, seit Jahr und Tag dazu verwendet worden, nicht nur „rechtsgerichtete“ Verfassungsverstöße und Verwundungen, sondern auch die Reichsmehrplanmäßig zu beschließen und zu überwachen.

Der Fall Bergdoll

Mosbach, 7. Dez. Vor der hiesigen Strafkammer begann gestern die Verhandlung wegen des Leberfalls auf dem Deutschamerikanischen Bergdoll in Oberbach a. R. am 19. August und des Versuchs, ihn gemeinsam aus Deutschland zu verschleppen. Der Staatsanwalt beantragte gegen den amerikanischen Oberleutnant Grifflid und einen gewissen Rogers Speeder eine Gefängnisstrafe von je 3 Jahren, gegen den Fürsten Bogarin 1 Jahr, gegen den Kraftwagenführer Kellor ein halbes Jahr.

Unruhen im Ruhrgebiet — Wiedereinführung der Akkordarbeit

Köln, 7. Dez. Die Arbeitslosen verursachen in den letzten Tagen in mehreren Städten Unruhen, die zum Teil sehr blutig verliefen. In Walsum versuchten bewaffnete Bergarbeiter, die wegen der Verlängerung der Arbeitszeit auf den Thobbenwerken streikten, Arbeitswillige mit Gewalt zu vertreiben. Im Zusammenstoß mit den Landjägern wurden mehrere Arbeiter verwundet. — Die Dortmunder Union hat 4000 Arbeitern gekündigt, auch auf den Kruppwerken in Essen sind viele Arbeiter entlassen worden. Auf den Thobbenwerken und im Bochumer Verein soll die Akkordarbeit wieder eingeführt werden.

„Die Kapitalisation ist vollständig.“

Paris, 7. Dez. Der „Matin“ schreibt: Nachdem gestern auch die Gruppen Kändler, Wälder, Bergwerberverein, Rombacher Hütte, Hercules 8 und Klosterbusch mit einer Jahresförderung von 4 Millionen Tonnen Kohlen das Wachstum der Ingenieur-Ueberwachungskommission unterzeichnet haben, werden 95 Prozent der Gesamtkohlenförderung in die Betriebe eingeschlossen. Die 5 Werke schulden 1 Million Dollar rückständige Kohlensteuer an die Verbündeten. Die Kapitalisation der Ruhrindustrie ist vollständig.

Verticlausurabstimmung für Poincaré

Paris, 7. Dez. Bei der Verticlausur der Wahlreform war die Kammer in der Mehrheit geneigt, den Regierungsentwurf, der eine Neuorientierung enthält, abzulehnen und das bisherige Wahlverfahren nach Bezirken beizubehalten. Poincaré stellte die Vertrauensfrage, worauf die Kammer den Regierungsentwurf mit 408 gegen 127 Stimmen annahm.

Die Wahlen in England

London, 7. Dez. Bis heute mittag sind 362 Wahlergebnisse bekannt: 113 Konservativen (darunter 2 Freihändler), 78 Arbeiterpartei, 60 Liberale und 11 verschiedene Parteien. Die Konservativen haben bis jetzt 30 Sitze gewonnen, 40 verloren, die Liberalen 33 gewonnen, 14 verloren, die Arbeiterpartei 30 gewonnen, 9 verloren. In Manchester verloren die Konservativen 6 von 7 Sitzen, die Liberalen gewannen davon 5, die Arbeiter 1 (insgesamt 4).

Poincaré und die englischen Wahlen

Paris, 7. Dez. In politischen Kreisen ist man der Auffassung, daß ein Wahlsieg Baldwin die Stellung Poincarés wieder festigen würde. Sollte aber Lloyd George Sieger sein, so würde Poincaré zurücktreten müssen, damit Rouher oder Briand die durch Poincaré gestörten Verhandlungen der Konferenz von Cannes wieder aufnehmen können.

Kommunistenverhaftungen in Finnland

Stockholm, 7. Dez. Die Staatsanwaltschaft in Finnland hat gegen 142 Kommunisten Haftbefehle wegen Hochverrats erlassen; die Partei und die Zeitungsdruckereien sollen verboten werden. — Vor einigen Monaten sind bereits etwa 100 Kommunisten, darunter der größte Teil der kommunistischen Reichstagsabgeordneten, verhaftet worden.

20 Millionen Dollar für das deutsche Hilfswort

Washington, 7. Dez. Im Senat wurde von einem Mitglied der Antrag eingebracht, für das Hilfswort in Deutschland 20 Millionen Dollar zu bewilligen. Präsident Coolidge soll über die Verwendung der Summe bestimmen.

Die Botschaft des Präsidenten Coolidge

Washington, 7. Dez. Die gestern vom Präsidenten Coolidge verlesene Botschaft an den Kongress befaßt in der Hauptsache: Unser Land hält in seiner auswärtigen Politik den amerikanischen Grundgesetz aufrecht: Wir befehlen uns nur mit unseren eigenen Angelegenheiten. Wir geben zu, daß wir verpflichtet sind, anderen zu helfen, aber den Zeitpunkt und die Art und Weise der Hilfe behalten wir unserem eigenen Ermessen vor. Wir erkennen, daß ein gemeinsames Band die Menschheit verknüpft und daß es ein Gesetz der Gemeinsamkeit gibt. Es besteht aber kein Grund für Amerika, daß es seine Handlungsfreiheit durch den Beitritt zum Völkerbund beschränke. Unsere Politik war stets von den beiden Grundgedanken geleitet, dauernden Bündnissen aus dem Weg zu gehen, da ihnen unsere nationale Unabhängigkeit zum Opfer fallen könnte, und zweitens, Auseinandersetzungen der Nationen friedlich zu lösen. Während 25 Jahren waren wir Mitglied des Hoeger Gerichtshofs. Wir haben einen ständigen Weltgerichtshof angestrebt, dem ich zünftig gegenüberstehe. Ueber den Beitritt der Vereinigten Staaten zum internationalen Schiedsgerichtshof und die Weigerung, in den Völkerbund einzutreten, liegen dem Senat Regierungsvorträge vor. Mit dem bolschewistischen Rußland kann Amerika keine amtlichen Beziehungen aufnehmen, da diese Regierung keine internationalen Verträge achtet. Die laufenden Schulden des Auslands an die Vereinigten Staaten betragen 11 800 Millionen Dollar, davon kommen auf England 4600 Millionen. Ich bin nicht geneigt, die Schulden zu streichen, doch habe ich nichts einzumenden, wenn die Zahlungen nach dem Vorbild des englisch-amerikanischen Abkommens abgetragen werden. Wir möchten nicht die Rolle eines aufdringlichen Gläubigers spielen, oder die internationale Rechtschaffenheit und Ehre verlangen, daß diese Schulden bezahlt werden.

Württemberg

Stuttgart, 7. Dez. Fallschirmzer vor Gericht. Die beiden Solinger Fallschirmzer, der Steindrucker Paul Gram und sein jüngerer Bruder Hugo Gram hatten sich vor dem Schwurgericht zu verantworten. Man hatte bei ihnen hauptsächlich 20 Millionen- und 50 000 Markscheine gefunden. Beide sind jung und noch nicht vorbestraft. Die Geschworenen traten deshalb für mildernde Umstände ein. Paul Gram erhielt 1 Jahr 6 Monate, sein Bruder Hugo sechs Monate Gefängnis.

Schulhaft. Der Geschäftsführer des württ. Bauern- und Weinbauvereins, Theodor Körner jung, wurde wegen eines in der „Schwäbischen Tageszeitung“ veröffentlichten Artikels, in dem ein Verstoß gegen die Verordnung des Militärbeschlusses, die die Aufforderung zum Wehrdienst verbot, erklährt, vorläufig in Schulhaft genommen. Die endgültige Entscheidung des Militärbeschlusses über diese Maßnahme steht noch aus.

Tom Tage. Gestern vormittag wurde in einem Haus der Schmidener Straße in Cannstatt ein älteres Ehepaar im Schlafzimmer der Wohnung bewußtlos aufgefunden. Wie festgestellt wurde, lag eine Gasvergiftung, verursacht durch einen Defekt an der Gasleitung, vor. Lebensgefahr besteht nicht.

Ludwigsburg, 7. Dez. Ueberfahren. Der Vorstand des Rangierbahnhofs Kornwestheim, Eisenbahnmann Max Rod, wurde abends, als er sich von seiner hier gelegenen Wohnung nach seiner Dienststelle begeben wollte, von dem Auto einer Jagdgesellschaft erfasst und sofort getötet.

Stetschau, Ost-Rottenburg, 7. Dez. Rathausbrand. Gestern nacht kurz nach 3 Uhr brach im Rathaus aus unbekannter Ursache Feuer aus, das in dem Holzgebäude und den vielen Kisten so reichlich Nahrung fand, daß in kurzer Zeit das ganze große Haus einem Feuermeer gleich. Es war nicht möglich, von dem Altmaterial etwas zu retten. Die Feuerwehr war rasch zur Stelle, mußte aber ihren ganzen Einfluß aufbieten, um die stark gefährdeten Nachbargebäude zu retten. Die ganze Einwohnerschaft mußte hundlang Wasser tragen. Das Rathaus war das schönste Gebäude im Ort, mit schönem, geschmiedetem und vergiertem Gebälk und gold als Schmuckzierde. Unerkennbar ist der Wert des Altmaterials der Grundbücher, Gemeinderatsprotokolle usw. Dem Militär- und dem Bejungsverein sind die Fahnen, die dort aufbewahrt waren, verbrannt. Der Raum, in dem die Feuerlöschgeräte aufbewahrt wurden, hatte schon gebrannt, als die Geräte herausgeschafft wurden.

Schwöningen, 7. Dez. Den Verletzungen erliegen. Die 64jährige Gertrud Kipp, der anlässlich der hiesigen Unruhen beide Oberarmen durchgeschossen worden waren, ist ihren Verletzungen erlegen.

Ehlingen, 7. Dez. Erschossen. Anlässlich einer kommunistischen Kundgebung, die von der Polizei aufgelöst wurde, erschoss ein Polizeibeamter aus Rotweh einen der Teilnehmer.

Waltingen a. F., 7. Dez. Aus der Presse. Die Allgemeine Silberzeitung und der Silberbote in Württemberg sind zusammengelegt worden und erscheinen unter dem Namen „Silberbote“ als Tageszeitung für den Amisoberamtsbezirk Stuttgart.

Gaisbeuren, Ost-Waldsee, 7. Dez. Mißglückter Sautlebstahl. Freitag nacht wurde schon wieder bei Käsereiberhieser Pöfel eingedrungen, um Schweine zu stehlen. Schon waren einige Vorkentiere aus dem warmen Stall ins Freie gebracht, als sie ihrem Unwillen laut Ausdruck gaben und dem Herrn die große Gefahr anzeigten, in der sie schwebten. Pöfel gab einen Schuß ab, worauf die Diebe flohen.

Ravensburg, 7. Dez. Unverantwortlicher Vudenskrei. Bei Oberzell wurde kürzlich von biblischer Hand auf einer Strecke der Bahnlinie von den vier Schienensträngen die zur Schienenbefestigung dienenden Krampen und Keile weggenommen, so daß den Schienensträngen die eigentliche Befestigung auf den Schwellen fehlte. Man darf von einem Wunder sprechen, daß kein Zug durch die Wegnahme dieser Schienenbefestigung entgleist ist. Die Tat wurde offenbar während der Nacht verübt.

Dom Allgäu, 7. Dez. Amerikanische Milch im Allgäu. In Rempten sind die Mittel beschafft worden, um täglich 300 bedürftigen Kindern ein warmes Frühstück geben zu können. Es besteht aus einem 70 Gramm-Brotchen und einem Viertelliter amerikanischer Büchsenmilch. Der Milch wird Zucker und Mehl, dem Brot Fett zugelegt. Daß Kinder des Allgäus amerikanische Milch bekommen müssen, klingt wie ein Hohn!

Ketteneder bei Sigmaringen, 7. Dez. Die trügerische Eisdecke. Eine Schar Kinder wagt sich auf die gefrorenen Hübe, um sich durch Eislaufen zu beschäftigen. Pflötzlich brach das Eis und ca. 12 Kinder sanken unter. Das Hilferufen wurde sofort gehört. Die benachbarten Bewohner leisteten alsbald Hilfe.

Aus Stadt und Land.

Magold, den 8. Dezember 1923.

Zum 2. Advent

In vielen Gegenden Deutschlands wird während des Adventzeit in der Wohnstube ein Kranz aus Lannengrün aufgehängt und ein Licht an ihm aufgesteckt, zu dem mit jedem Adventssonntag ein weiteres kommt, bis das Christfest den vollen Strahlensplanz des Lichterbaumes bringt. Sinnig wird damit veranschaulicht, wie in der Zeit der Schwärze ein Licht göttlicher Verheißung nach dem andern für die harrende Gemeinde aufging, bis mit Christus das Licht der Welt erschienen ist. Auch wir leben in einer Zeit der Sehnsucht. Die Zeit des letzten Verstandes, der den Menschen zur Maschine stampelte und den Mann auf den Thron erhob, endigt in einem Meer von Blut, Tränen und Flüssen, und man schaut aus nach einer Zeit, die aus dem Urquell des Lebens schöpft, die Menschen als Menschen würdigt und zu wahrer Gemeinschaft führt. Gibt es für dieses Sehnen eine Erfüllung? Ja, Jeder Einzelne, jede Familie, jeder Kreis, der vom heiligen Lebensgeist Gottes ergriffen, die verdämnispollen ausgefahrenen Geleise verläßt und den

god der Welt wird zum Licht Lichter viele von Christus, weltumfassend, Adventlichter

Mis als kam das

Schnell lie ich mit ihnen in Darum hat geboten werde.

Fahrtplan Ab Montag

und 3. bis 10.

folgenden verdr 3. bis 4.

3. bis 3.

(? den am 11. mit 1912) Nofgedienst werden ihre G zur Einlösung jeder Anspruch

Grobes 10.15. — 13.

— 14. 15. B.

— 16. D. 15. (7

von Messina (7

Keine

Fantaband (7

17--245). — 1

(5. Petersens

Deutschland, S

chens Mondfab

Der

Für den G

pflichten, wenn

haben will, die

Hühner, die led

ligen, machen

kein Leben un

raum für jede

mie der Schick

aber noch nicht

nügend dicke

geworfener K

müssen, und of

finden.

Der mangel

die Tiere zu lo

mpfänglich bei

lache mit einer

jedg einer bu

vertrags gehab

man ein Gem

penind und

nügensfalls au

wächst sich au

legt man die

Die Kan

man soll ihnen

des Wärme er

heu, am besten

genügend trock

unter das Wel

wirkräuter. S

um ein übermä

Auch in der

hemerbar. Di

hoch kann auch

krause, gedreht

hellen. Anolle

pretorenm Zul

log in einen m

Sein Friede

wegen, der die

beschäftigt, für 1

Der Kanne

schlechten Zeite

Hoffentlich!

Kusswanden



